

Regierungsbeauftragter  
Karl-Marx-Stadt

19. März 1990

Lieber Herr Peter!

Beiliegend übermittle ich Ihnen den Abschlußbericht zur Auflösung des Bezirksamtes, den ich gleichzeitig am Runden Tisch in Karl-Marx-Stadt gegeben habe.

Die Bestätigung des Runden Tisches ist auf der letzten Seite enthalten. Gleichzeitig füge ich in den Anlagen eine Übersicht über den Rechtsträgerwechsel von Objekten, eine Vereinbarung mit dem Rat des Bezirkes für die weitere Arbeit des Arbeitsstabes und einen Brief an Herrn Eichhorn zu Ihrer Kenntnisnahme bei.

Herr Eichhorn hat die gleichen Materialien mit dem heutigen Tag erhalten.

Hochachtungsvoll



Regierungsbeauftragter  
Bezirk Karl-Marx-Stadt

Karl-Marx-Stadt, 15. 3. 1990

## A b s c h l u ß b e r i c h t

zur Beratung des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt am 15. 3. 90

Der Regierungsbeauftragte hat mit seinen zwei Mitarbeitern seit dem 7. 12. 1989 im Bezirk Karl-Marx-Stadt seine Tätigkeit zur Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit aufgenommen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf die von mir dem Runden Tisch bereits am 5. 1., 12. 2. und 1. 3. gegebenen Informationen zum jeweiligen Stand verweisen, um nicht bereits Bekanntes hier zu wiederholen.

Die von mir anlässlich dieser Beratungen gegebenen Informationen liegen dem Sekretariat des Runden Tisches schriftlich vor.

Die Auflösung des Amtes erfolgte unter intensiver Mitwirkung und Kontrolle des Bürgerkomitees, welches sich in einem Arbeitsausschuß zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit gründete (anfangs 85 Personen), der sich, um eine konstruktive und wirkungsvolle Arbeit zu leisten, in 7 Arbeitsgruppen formierte.

Herr Dr. Böttger wurde in der 1. Beratung zum Vorsitzenden des Arbeitsausschusses gewählt, und ihm möchte ich zu allererst meinen herzlichen Dank für die gute und kritische Zusammenarbeit bei der Lösung dieser komplizierten Aufgabe vor den Vertretern des Runden Tisches aussprechen.

Am 1. 3. 1990 konnte der Regierungsbeauftragte der Öffentlichkeit mitteilen, daß das Amt für Nationale Sicherheit im Bezirk Karl-Marx-Stadt aufgelöst ist und keinerlei Gefahr von diesem ehemaligen Amt für die Bürger mehr ausgeht.

Zwischenzeitlich wurde auch durch den Ministerrat in Übereinstimmung mit dem Runden Tisch ein Beschluß gefaßt, der die Schweigepflicht der inoffiziellen Mitarbeiter aufhebt und es denjenigen freistellt, einer Person ihres Vertrauens über die frühere Tätigkeit Mitteilung zu machen.

Von den 3.827 hauptamtlichen Mitarbeitern waren per 1. 3. 1990 3.796 entlassen. 31 Mitarbeiter führen noch die letzten Restarbeiten zur Liquidierung des Amtes durch und werden per 1. 4. 1990 entlassen. ~~x)~~

Nach den uns vorliegenden Kenntnissen gibt es nach wie vor Schwierigkeiten bei der Aufnahme einer zivilen Tätigkeit in der materiellen Produktion. Etwa 50 Personen sind arbeitslos und 22 Personen haben Antrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt.

Im Zusammenhang mit der Auflösung des Amtes gab es 3 Selbstmorde ehemaliger Mitarbeiter und zwei haben unser Land verlassen.

Mit dem Stand vom 10. 3. 1990 wurden sämtliche Gebäude des ehemaligen Amtes dem Rat des Bezirkes für eine zivile Nutzung übergeben. Die dazu entsprechende Übersicht zum Rechtsträgerwechsel des ehemaligen Amtes liegt vor, wobei der Arbeitsausschuß empfohlen hat, einer Weiterveräußerung von Objekten und Gebäuden nach einem vollzogenen Rechtsträgerwechsel nicht vor den Kommunalwahlen am 6. Mai zuzustimmen, um jegliche Tendenz der Veräußerung von Volkseigentum zu unterbinden.

~~x) 11 Mitarbeiter befinden sich noch im Krankenstand~~

Einheitlich

Gegenwärtig wird daran gearbeitet, die etwa 200 konspirativen Objekte aufzuarbeiten und zu gewährleisten, daß das ehemalige Eigentum des MfS in diesen Objekten (Möbel, Geschirr, Heimelektronik) dem Staat zugeführt wird.

Die Übernahme sämtlicher Schußwaffen durch die Deutsche Volkspolizei wurde bereits im Februar abgeschlossen. Der Waffenkarteeienvergleich ergab, daß von den 5.470 Pistolen 9 fehlten. Die eingesetzte Exportsenkommission der Kriminalpolizei führt intensiv Ermittlungen, um den Verbleib dieser Pistolen aufzuspüren.

Bisher konnten 5 Pistolen bei ehemaligen Mitarbeitern nachgewiesen und eingezogen werden. Ermittlungsverfahren über Ursachen der Nichtabgabe werden durch die Staatsanwaltschaft geführt.

Die im Amt vorhandenen Fahrzeuge von 783 Stück insgesamt, darunter 453 PKW und 159 LKW sind überwiegend neuen Nutzern zur Verfügung gestellt, wobei ein Rest von etwa 50 Fahrzeugen noch durch den Maschinenbauhandel zu verkaufen ist.

In diesem Zusammenhang muß hinzugefügt werden, daß nicht alle Wünsche und Anfragen von Bürgern, Handwerkern, Gewerbetreibenden und gesellschaftlichen Organisationen befriedigt werden konnten.

Einige Bemerkungen noch zu den Akten:

Das umfangreiche Aktenmaterial des ehemaligen Amtes ist vor allem durch engagierte Arbeit von Mitgliedern des Arbeitsausschusses gesichert und dem Staatsarchiv übergeben. Das Aktenmaterial des ehemaligen Bezirksamtes und der Kreisdienststellen Karl-Marx-Stadt/Stadt und Land ist in der Bunkeranlage Dittersdorf und das Aktenmaterial der Kreisdienststellen in der Bunkeranlage Hartenstein eingelagert und durch den Staatsanwalt versiegelt.

Die Prozeßakten wurden aus den Archiven herausgelöst und dem Staatsanwalt für die Realisierung von Anträgen auf Rehabilitationsverfahren übergeben (zur Zeit werden 402 derartige Anträge bearbeitet).

Eine Ausnahme bildet noch ein Archiv aus früheren Jahren im Objekt Jagdschänkenstraße, wo gegenwärtig noch Prozeßakten herausgelöst und dem Staatsanwalt übergeben werden.

Wie bereits auf der vergangenen Beratung des Runden Tisches informiert, haben sich der Ausschuß und der Regierungsbeauftragte an die Volkskammer, den Staatsrat, den Ministerrat und den Runden Tisch Berlin sowie kirchliche Einrichtungen gewandt und auf die Notwendigkeit der künftigen Verwaltung des Aktenmaterials im Zusammenhang mit dem Personendatenschutz hingewiesen.

Für die gesamte Übergabe der vorhandenen Technik des ehemaligen Amtes an neue Nutzer - zum Beispiel die Deutsche Post, die Deutsche Volkspolizei, Dienstleistungen, Gesundheitswesen, Museen und andere städtische Einrichtungen gibt es umfangreiche Protokolle, die gegenwärtig vor allen Dingen wertmäßig aufgearbeitet und ein revisionssicherer Nachweis erbracht wird. Beispielsweise hat die Deutsche Post fernmeldetechnische Ausrüstung von rund 28 Mio Mark erhalten. Über all diese Fragen des Einsatzes der materiellen Werte des ehemaligen Amtes wird ein Abschlußdokument in den nächsten Wochen erarbeitet.

#### Befehlsstruktur

Die Arbeit zur Aufdeckung der Befehlslage, der Strukturen und der Sicherheitspolitik einschließlich der Verbindung zwischen der Bezirksverwaltung und der ehemaligen SED ist noch nicht abgeschlossen.

Die dazu eingesetzte Arbeitsgruppe 4 hat in diesem Zusammenhang seit der letzten Berichterstattung weitere Anhörungen ehemaliger Leiter und Mitarbeiter des Amtes, der Staatsanwaltschaft, des Bezirksgerichts und der Post durchgeführt. Von den Mitgliedern des Arbeitsausschusses wird eingeschätzt, daß etwa erst ein Drittel der zu erwartenden Arbeit geschafft ist.

Es ist vorgesehen - wie bereits in ersten Publikationen begonnen - weitere Tatsachen und Informationen auf diesem Gebiet zu veröffentlichen und damit einen Beitrag zur Transparenz über die falsche Sicherheitspolitik der ehemaligen Partei- und Staatsführung zu leisten sowie immer wieder aufflackerndes Mißtrauen zu beseitigen.

Wie bereits am 15. 2. informiert, hat der Untersuchungsausschuß festgestellt, daß der ehemalige Chefarzt Dr. Geuthner allein im Monat Januar 89 ehemalige Mitarbeiter invalidisierte.

Auf die politisch völlig falsche Entscheidung hatte ich bereits verwiesen. Die jetzt vorliegenden Endergebnisse vom 1. 1. 1989 bis 31. 1. 1990 zeigen, daß insgesamt 144 Invalidisierungen, davon nur 55 im Jahre 1989, durchgeführt wurden. Dazu kommen in der Zeit vom 4. 1. bis 31. 1. 1990 weitere Feststellungen von 43 Körperschäden, wovon 67 % mit 50 % bewertet sind.

Die Überprüfung dieser ausgesprochenen Invalidisierungen und Körperschädenbegutachtungen wird durch den Bezirksarzt und den Bezirksgutachter, Herrn Dr. Riegel, vorgenommen und werden nach den mir vorliegenden Kenntnissen über den Umfang der Arbeit nicht vor dem 31. März beendet sein.

Diese Information soll keinesfalls eine Vorverurteilung des Herrn Dr. Geuthner sein, sondern den Runden Tisch über dieses Problem informieren.

Wie bereits bei vorangegangenen Informationen erwähnt, wurde im Ausschuß eine Kaderkommission gebildet, die vor allem die Übernahme von ehemaligen Mitarbeitern in die BDVP bzw. als Paßkontrolleinheit in die Grenztruppen prüften.

Die Überprüfung vorgesehener Mitarbeiter zur BDVP hat ergeben, daß 1 Mitarbeiter abgelehnt wurde. Es wurden 88 Mitarbeiter übernommen, davon 8 Offiziere, 65 Wachtmeister und 15 Zivilangestellte.

Diese Mitarbeiter sind vor allem im Streifendienst (16), im Verkehrsbereich (4), im Nachrichtenwesen (8), bei der Kriminalpolizei (25), als Posten für Objektsicherung (7) und im Versorgungsdienst (2) eingesetzt.

Die Paßkontrolleinheit des ehemaligen Amtes von 195 Mitarbeitern wurde überprüft und drei abgelehnt.

Das Grundproblem besteht hier darin, daß der Runde Tisch in Oelsnitz eine generelle Ablehnung der Paßkontrolleinheit fordert, während der Runde Tisch in Plauen einem solchen Einsatz nach entsprechender Überprüfung zustimmte.

Nach den mir vorliegenden Informationen ist ein Konsens gefunden worden, indem eine gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen dem Runden Tisch in Plauen, dem Runden Tisch in Oelsnitz und Vertretern der Grenztruppen die Arbeit der Paßkontrolleinheit nochmals prüft und über den Einsatz der einzelnen Mitarbeiter entscheidet.

Ich möchte noch hinzufügen, daß zu dieser Problematik auch der Stellvertreter des Leiters der Grenztruppen - zuständig für die Paßkontrolleinheiten - dem Runden Tisch in Oelsnitz am vergangenen Donnerstag Rede und Antwort gestanden hat.

Einige Bemerkungen zur Telfonproblematik:

Die Deutsche Post hat bisher 1.300 Anschlüsse ehemaliger Mitarbeiter ermittelt und davon für etwa 800 bereits Widerruf ausgesprochen.

Dieser Prozeß wird sich noch einige Wochen hinziehen, weil per Gesetz eine vierwöchige Einspruchsfrist besteht.

Zu Jagdwaffen:

Das Sicherheitsaktiv des Bezirkes hat bereits vor Wochen die Abgabe der Jagdwaffen ehemaliger Mitarbeiter beim zuständigen Jagdleiter bzw. VPKA festgelegt und durchgesetzt. Jetzt gibt es eine Weisung des zuständigen Ministers, daß in allen Bezirken die Jagdwaffen abzugeben und bei der zuständigen Jagdbehörde/VPKA zu hinterlegen sind.

Altpapier:

Im Zusammenhang mit der Auflösung des Amtes wurden große Mengen nicht dienstliches Schriftgut dem Papierverarbeitungsbetrieb Raschau zugeführt.

Für diese Zuführung werden Bruttoerlöse von ca. 20 TM erstattet. Der Ausschuß für die Auflösung des ehemaligen Amtes hat bereits im Februar beschlossen, diese Erlöse der Inneren Mission der Evang.-Lutherischen Landeskirche Sachsen - Stadtmission Karl-Marx-Stadt - zu überweisen.



Wie soll die Arbeit weitergehen?

Bereits in der letzten Beratung informierte ich, daß der Ministerrat gemeinsam mit dem Zentralen Runden Tisch in Berlin am 8. 2. 1990 ein Komitee zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit in Berlin eingesetzt und für die Bezirke die Bildung von Arbeitsstäben vorgeschlagen hat.

In Karl-Marx-Stadt haben wir einen solchen Arbeitsstab gebildet und die Vorschläge dazu gemeinsam mit dem gesellschaftlichen Ausschuß beraten. Der Arbeitsstab hat mit Wirkung vom 1. 3. 1990 am 15. März seine Arbeit aufgenommen.

Ihm gehören an:

Leiter:	Herr Peter Hänel
Stellv. Leiter:	Herr Steffen Geißler
Vorsitzender Bürgerkomitee:	Herr Peter Hasse
Rechtsanwalt:	Herr Holger Zimmermann
Mitarbeiter Kader:	Herr Bernd Oettmeier
Mitarbeiter Liegenschaften:	Herr Rainer Koch
Mitarbeiter Finanzen:	Frau Eva Schreiber
Mitarbeiter Finanzen:	Frau Margit Mädler
Sekretärin:	Frau Kathrin Pabst

Der Sitz des Arbeitsstabes ist Henriettenstraße 4. Es sind damit alle organisatorischen Bedingungen geschaffen, damit die Arbeit reibungslos beginnen und durchgeführt werden kann. Es gibt dazu eine Vereinbarung, die zwischen mir, dem Leiter des Arbeitsstabes und dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes abgeschlossen ist, um den Arbeitsstab entsprechend zu unterstützen.

Der Leiter des Arbeitsstabes ist dem Leiter des Komitees in Berlin unterstellt und rechenschaftspflichtig.

Die Aufgabe dieses Stabes ist es im besonderen, alle Fragen, die jetzt mit der vollständigen Liquidierung des Amtes auf den Gebieten Kader, Finanzen, Sozialwesen, Liegenschaften, Nachweisführung zusammenhängen bzw. neu auftreten, zu klären. Es wird für die Tätigkeit mit einer Zeitdauer von 1 bis 2 Jahren gerechnet.

Es ist selbstverständlich, daß der Ausschuß zur Auflösung des Amtes unter Leitung des neuen Vorsitzenden, Herrn Peter Hasse, weiterarbeitet, um die noch nicht restlos aufgeklärten Fragen zu lösen.

Dabei bildet die Verordnung über die Tätigkeit von Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen vom 1. 3. 1990 die gesetzliche Grundlage, wobei jedoch die in § 6 vorgesehene materielle und finanzielle Unterstützung der Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen für diesen Ausschuß noch näher bestimmt und gesondert geregelt werden muß.

Für mich als Regierungsbeauftragter ist klar, daß eine ausschließlich ehrenamtliche Arbeit - wie es der § 1 fordert - für die spezielle Aufgabe nicht real wäre, man für eine zeitlich begrenzte und auf Personen mit konkreter Aufgabenstellung bezogene Sonderregelung getroffen werden muß.

Diesbezüglich habe ich mich heute an den Leiter des Komitees gewandt mit der Bitte, einen entsprechenden Vorschlag der Regierung zu unterbreiten.

Ich möchte abschließend nochmals darauf eingehen, daß nach wie vor täglich Briefe nach Offenlegung der Quellen und der inoffiziellen Mitarbeiter eingehen, die jedoch in der bereits in der letzten Beratung von mir dargelegten und auch von Ihnen bestätigten Form beantwortet werden.

Nach den vorliegenden Posteingängen wurden vom Regierungsbeauftragten bisher insgesamt 89 Anfragen dieser Art beantwortet.

Ich möchte auch noch darüber informieren, daß auf Grund des Schreibens des Ausschusses an die Volkskammer, den Staatsrat, den Ministerrat, den Zentralen Runden Tisch und kirchliche Einrichtungen die ersten Antworten von Herrn Modrow und Herrn Gerlach dazu vorliegen, die erkennen lassen, daß in der künftigen Repräsentanz unseres Staates nach einer Lösung gesucht werden wird.

Ich darf Ihnen abschließend versichern, daß ich vom ersten Tag bis zum heutigen alles getan habe, um dieser komplizierten Aufgabe gemeinsam mit den Mitgliedern des Arbeitsausschusses gerecht zu werden und eine zielstrebige und konsequente Liquidierung des Amtes zu erreichen.

Mir ist völlig klar, daß mit der offiziellen Bekanntgabe der Liquidierung des Amtes noch eine Reihe Arbeiten durchzuführen sind, um diesen Geheimdienst absolut zu beseitigen und dafür auch das nötige uneingeschränkte Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen.

Das ist eine Aufgabe, die auch der Arbeitsstab fortführen muß. Ich glaube, daß wir alle - das heißt der Regierungsbeauftragte, seine Mitarbeiter und der Arbeitsausschuß - mit unserem Wirken einen Beitrag geleistet haben, um die Wahlen am 18. März mit vorbereiten zu helfen.

Ich möchte mich besonders bei den Vertretern des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt und ganz besonders bei den Vertretern der Kirche bedanken für die vom ersten Tag an gegebene und von mir auch gespürte Hilfe und Unterstützung bei dieser Aufgabe, für die ich keinerlei Vorkenntnisse hatte.

Die offizielle Einstellung der Arbeit des Leiters der Regierungskommission erfolgt in der Woche vom 19. - 23. 3.90.

Der Regierungsbeauftragte erklärt, daß er alle Bedingungen für eine ordnungsgemäße Übergabe der Aufgaben an den Leiter des Arbeitsstabes gewährleisten wird.

#### Ergebnis der Beratung am Runden Tisch

Der Runde Tisch hat den Bericht des Regierungsbeauftragten zustimmend zur Kenntnis genommen.

Es wurden Fragen zu

- Einsatz der zusätzlichen Kräfte im Staatsarchiv
- Einsatz der PKE im Bereich Oelsnitz/Plauen
- und zum Einsatz von Mitarbeitern einschließlich vorhandener Objekte des ehemaligen Amtes für den Dienstleistungsbetrieb Karl-Marx-Stadt

gestellt.

Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß in der nächsten Woche zum Dienstleistungskominat Karl-Marx-Stadt eine Pressemitteilung erfolgt, die noch vom Regierungsbeauftragten vorbereitet wird.

Abschließend hat der Runde Tisch dem Regierungsbeauftragten, Herrn Riedel, und dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Herrn Dr. Böttger, den Dank für die geleistete Arbeit zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit ausgesprochen.

Zum Bestandteil dieses Berichtes gehören die Anlagen

- 1 Übersicht über den Rechtsträgerwechsel der Objekte des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit Karl-Marx-Stadt
- 2 Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Rat des Bezirkes und dem Arbeitsstab zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit
- 3 Brief an den Leiter des Komitees zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit